

// **Bezirk Mitte** //

Antrag 1 der Personalversammlung der Schulen in Mitte am 4.12.2025

Ganzttag am Limit! Erzieher:innen benötigen dringend Entlastung, mehr Zeit und verlässliche personelle und räumliche Ressourcen für die mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) sowie die Förderung und Betreuung der Kinder!

Die Personalversammlung fordert die Bildungssenatorin Frau Günther-Wünsch sowie die politisch Verantwortlichen im Senat und den Bezirken, ebenso die politischen Parteien und ihre Fraktionen im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen auf, an den Schulen die **Arbeitsbedingungen der Erzieher:innen deutlich zu verbessern!**

- Stellen Sie **mehr pädagogische Fachkräfte** ein! Die personelle Ausstattung muss nach wie vor deutlich verbessert werden! Der **Personalschlüssel** Erzieher:in zu Kind muss von 1:22 auf 1:15 verkleinert werden.
- Statten Sie die Schulen mit einer **110%igen Personalbemessung** aus, um eine angemessene Vertretungsreserve zu gewährleisten!
- Steuern Sie die VV Zumessung entsprechend der 2023 um zwei Stunden erhöhten mpA-Zeit, dem tatsächlichen Personalbedarf in Folge von Krankheit, Weiterbildung, Urlaub und Mutterschutz nach!
- **Erhöhen Sie die mpA-Zeit um fünf auf neun Zeitstunden!** Real wurden sechs bis elf Stunden ermittelt.
- **Volle mpA-Zeit auch für Teilzeitkräfte!** Der Aufgabenumfang ist nicht geringer als für Vollzeitkräfte.
- Legen Sie fest, dass die **mpA-Zeit mindestens in einem Umfang von 45-Minuten-Einheiten** im Dienstplan verankert wird.
- Sorgen Sie für eine **konsequente Umsetzung des Prinzips „Lehrer:innen vertreten Lehrer:innen und Erzieher:innen vertreten Erzieher:innen“** sowie eine diesbezügliche Festschreibung in den schulischen Vertretungskonzepten.
- **Stoppen Sie den Trend zur Überführung immer weiterer eFÖB-Bereiche in freie Trägerschaft** und kehren Sie ihn um! Neugegründete Schulen dürfen nicht automatisch an freie Träger vergeben werden. Die schulischen Gremien müssen bei der geplanten Übertragung eines eFÖB-Bereiches an einen freien Träger frühzeitig, transparent und demokratisch beteiligt werden. Auch die **Rückführung in die Trägerschaft des Landes** muss als Option angeboten und behördlicherseits unterstützt werden, damit es wieder einen starken öffentlichen eFÖB-Bereich in Mitte gibt.

// **Bezirk Mitte** //

Antrag 2 an die Personalversammlung der Schulen in Mitte am 4.12.2025

Entlastung JETZT

Die Arbeitszeitstudie der Universität Göttingen beweist: **Berliner Lehrkräfte leisten Woche für Woche unbezahlte Mehrarbeit**, an allen Schulformen, in allen Fächern. In vielen Fällen übersteigt die Zu-Viel-Arbeit sogar die gesetzlich vorgesehenen Obergrenzen und gefährdet somit die Gesundheit der Beschäftigten. **Teilzeitbeschäftigte** sind dabei durch außerunterrichtliche, unteilbare Aufgaben überproportional betroffen.

Die Personalversammlung fordert den Senat auf, endlich zu handeln:

- Runter mit der Pflichtstundenzahl
- Entlastung von außerunterrichtlichen Aufgaben
- Ausgleich für außerunterrichtliche Aufgaben, die Teilzeitbeschäftigte über ihre Teilzeit hinaus überproportional übernehmen müssen
- Zu-Viel-Arbeit sichtbar machen durch Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit in einem einfachen, transparenten und datensparsamen Verfahren – Arbeitszeiterfassung JETZT
- Verbindliche Vereinbarung mit der GEW über die Klassengrößen und andere Entlastungsmaßnahmen

Auch alle anderen Berufsgruppen, die in Schule arbeiten, müssen entlastet werden. Die Personalversammlung fordert eine Gesamtstrategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Berliner Schulen.

Die Personalversammlung unterstützt die Bemühungen der Gewerkschaften, diese Themen auch im Tarifvertrag der Länder zu verankern.

// **Bezirk Mitte** //

Antrag 3 an die Personalversammlung der Schulen in Mitte am 4.12.2025

Beamt:innen und Angestellte finanziell gleichstellen

Die Personalversammlung fordert eine faire Behandlung von Beamt:innen und Angestellten in der Schule. Die Benachteiligung der angestellten Lehrkräfte insb. in Bezug auf das Nettogehalt, die Versorgung im Krankheitsfall und die Altersversorgung muss durch entsprechende Regelungen im Rahmen von Tarifverträgen ausgeglichen werden. Für **alle** angestellten Lehrkräfte muss es einen **echten „Nachteilsausgleich“** geben. Auch für die anderen Beschäftigten im Tarifvertrag der Länder fordert die Personalversammlung entsprechende Verbesserungen. Konkret:

- tariflich geregelte Zulagen für Angestellte, die den Unterschied zu Beamt:innen im **Nettogehalt** ausgleichen,
- tarifliche Regelungen, die im Krankheitsfall eine ebenso lange **Lohnfortzahlung** für Angestellte vorsehen, wie für Beamt:innen,
- eine betriebliche **Altersvorsorge** im Rahmen der VBL, die den Unterschied zwischen Pension und Rente in vollem Umfang ausgleicht.

Es gibt gute Gründe, warum sich Menschen gegen die Verbeamtung entscheiden. Andere möchten gerne verbeamtet werden, dürfen aber nicht. Es muss daher dauerhaft attraktiv sein, in Berlin auch als angestellte Lehrkraft zu arbeiten.

Die Personalversammlung unterstützt die Forderungen der DGB-Gewerkschaften in der aktuellen Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag der Länder.



// **Bezirk Mitte** //

Antrag 4 an die Personalversammlung der Schulen in Mitte am 4.12.2025

Nein zu den Kürzungen im Landeshaushalt und in den Zumessungsrichtlinien

Die Personalversammlung lehnt die von CDU und SPD geplanten Einschnitte im Berliner Landeshaushalt, die auch Folgen für die Bezirksfinanzen haben, ab. Besonders bei Projekten der Jugendhilfe und bei der Lehrkräfteausbildung darf nicht gekürzt werden. **Wer hier spart, zahlt in der Zukunft doppelt drauf.**

Auch die **versteckten Kürzungen in den Zumessungsrichtlinien** lehnt die Personalversammlung ab. Durch die Zwangsumwandlung von Lehrkräftestellen in multiprofessionelles Personal, durch intransparente „Steuerreserven“, durch die Streichung des Profilbedarfs II und durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehramtsanwärter:innen wurde der reale Bedarf an Lehrkräften bereits **um über 2000 Stellen kleingerechnet**. Auch die Neuregelung der „Verlässlichen Grundausstattung“ für sonderpädagogische Förderung – Verteilung der Mittel nach dem Gießkannenprinzip statt nach dem realen Bedarf der Schulen – lehnt die Personalversammlung ab.

Die Personalversammlung fordert **multiprofessionelles Personal zusätzlich** an den Schulen zur Entlastung aller Beschäftigten und die Rücknahme der Verschlechterungen in den Zumessungsrichtlinien.

Die Personalversammlung solidarisiert sich mit den Protesten gegen die Kürzungen.

